

Leitartikel

Wettbewerb um Flüchtlinge

Der Staat sollte Gemeinden die Zuwanderer nicht aufzwingen. Wer sie will, wird gefördert.

Vor 58 Jahren gingen neun amerikanische Jugendliche in Little Rock, USA, durch ein Spalier von Soldaten zur Schule, umringt von einer Menge feindseliger Menschen. Es waren Handwerker und Hausfrauen, einfache Arbeiter wie angesehene Bürger. Die Soldaten waren von Washington entsandt worden, die Meute löste sich irgendwann auf. Ihr Furor blieb, ihr Hass und ihre Frustration, ihr Gefühl, gedemütigt worden zu sein. Und ihre Überzeugung, dass diese Kinder nicht auf diese Schule gehören. Denn sie waren schwarz.

Was damals in der Hauptstadt Alabamas im Süden der USA passierte, ist dem, was gerade in manchen Orten der Bundesrepublik geschieht, verteuelt ähnlich: Eine randalierende Menge widersetzt sich der Politik. Sie tobt sich aus in der Überzeugung, dass Reden, Diskutieren, dass das ganze lästige Prozedere der Demokratie, ohnehin nichts nutzt. Es genügen, wie vor 58 Jahren in Alabama, Ressentiments, Gerüchte und ein paar Phrasen, um herzustellen, wonach man sich sehnt: Stärke und Zugehörigkeit. Wir haben nicht viel, wir können nicht viel, aber wir waren schon hier. Und jetzt zeigen wir, wozu wir imstande sind: Wir können eine Rote bilden, wir können Angst machen, wir sind im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und die Helden des Mobs.

Selbstverständlich darf man das nicht durchgehen lassen. Selbstverständlich muss der Staat Präsenz zeigen und die Betroffenen schützen. Aber wie damals in Alabama stellt sich heute die Frage: Müssen es ausgerechnet die Schwächsten sein, die diesen Krieg auf ihrem Rücken und in ihrer Seele aushalten sollen? Nicht nur für ein paar angespannte Wochen, sondern als tägliche Übung? Unter Polizeigewalt in ihren Behausungen, unerwünscht und verhasst – als lebende Provokation der lokalen Bevölkerung?

Das Selbstbewusstsein mancher Gemeinden ist ein Fall für die Therapie, nicht für die politische Diskussion. Es geht hier nicht um etwas, das vernünftig verhandelbar wäre, sondern um geronnene Emotionen, um lange schon wartende Abrechnungen. Viele Bewegliche und Optimisten haben jene Landstriche verlassen, in denen heute das Ressentiment hockt wie eine aufgeblasene, von der Enttäuschung gepockte Kröte.

Die Frage ist nur: Wollen wir die Flüchtlinge in dieses reaktionäre Feuer schicken? Wollen wir auf Dauer Situationen schaffen, in denen Unerwünschte auf Zurückgebliebene stoßen, Traumatisierte auf Aggressive, Hilfsbedürftige auf solche, die sich zu kurz gekommen fühlen? Und in denen der Staat

auf lange Zeit guerillaartige Zustände mit Gewalt auf niedrigstem Niveau stabilisiert?

Oder können wir die Sache einmal anders behandeln?

Können wir etwas versuchen, was die Gegebenheiten berücksichtigt und doch einer anderen Logik folgt? Eine sogenannte Win-win-Situation?

Wir könnten. Dafür müssten wir die Flüchtlinge nicht mehr als Belastung definieren, die möglichst gleichmäßig und unauffällig über die Republik verteilt werden muss. Sondern als Gruppe, die höchst willkommen ist in diesem Land, das Zuzügler braucht. Wir müssten sie als Mitbürger begrüßen. Das können wir ins Werk setzen, indem wir aus dem Passivmodus in den aktiven übergehen: Ähnlich dem Verfahren, in dem das Unesco-Welterbe bestimmt wird, schreibt die Regie-

eung einen Wettbewerb aus. Gemeinden können sich um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bewerben. Sie legen Pläne vor zu Unterbringung und Versorgung, Bildung und Arbeitsplätzen. Sie erhalten im Gegenzug ein Höchstmaß an Förderung, bürokratisch, logistisch und finanziell. Sodass nun endlich das neue Schwimmbad gebaut, das Krankenhaus erweitert und das Seniorenzentrum renoviert werden kann. Sodass aus einer siechen Kleinstadt im Harz, im Saarland oder in Franken ein wachsendes Gemeinwesen wird – in dem Menschen zusammenkommen, die in ihren guten Ressourcen angesprochen sind. Nicht im Aushalten, im Hinnehmen, im Durchwursteln. Sondern in ihrer Initiative, ihrem guten Willen und ihrer Pro-

duktivität auf der einen – und in ihrem Selbstbewusstsein als Gewünschte und Gebrauchte auf der anderen Seite.

Es kommt im Sozialen nicht auf die Maßnahmen an, sondern darauf, welchen Sinn man ihnen gibt. Ob Hartz IV als Demütigung oder als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wird, ob ein Zentrum für Flüchtlinge als Zumutung oder als Chance gilt, das entscheidet nicht der Staat. Deutschland ist derzeit ein Flickenteppich unterschiedlicher Einstellungen. Es gibt Freital und Heidenau, aber es gibt auch Berlin-Wilmersdorf, wo vorletzte Woche eine spontane Zusammenkunft von vielleicht 600 Bürgern angesichts der Unterbringung von gut 500 Flüchtlingen im ehemaligen Rathaus nur eine Frage hatte: Wie können wir helfen?

Das erste Kriterium für die Anerkennung als Welterbe lautet: „Die Güter stellen ein Meisterwerk der menschlichen Schöpferkraft dar.“ Das ist doch ein schöner Ansatz.

Elke Schmitter



Mädchen in Aufnahmeestelle in Eisenhüttenstadt